

Peter Keller wird Generalsekretär der SVP

Der Nationalrat ist eine ungewöhnliche Wahl

ERICH ASCHWANDEN

Die künftige Konstellation im SVP-Generalsekretariat ist gewöhnungsbedürftig: Neu soll ein amtierender Parlamentarier diese wichtige Funktion übernehmen. Es handelt sich um den Nidwaldner Nationalrat Peter Keller. Normalerweise sitzen an dieser Schaltstelle keine aktiven Politiker.

Wie der Parteileitungsausschuss am Freitag bekanntgegeben hat, schlägt das Gremium Keller als Nachfolger von Emanuel Waeber vor, der altershalber sein Pensum reduziert. Keller soll das Amt gemäss einer Medienmitteilung per 1. Januar 2021 übernehmen. Die Wahl durch die Parteileitung und den Parteivorstand ist für den 23. Oktober 2020 vorgesehen. Keller wird zum wichtigsten Mitarbeiter des vor kurzem gewählten Parteipräsidenten Marco Chiesa.

Laut dem früheren CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher ist es in der Schweiz wohl das erste Mal, dass ein aktiver Politiker gleichzeitig die Führung des Generalsekretariats übernimmt. «Normalerweise verläuft der Weg umgekehrt, und ehemalige Generalsekretäre übernehmen nach ihrem Rücktritt politische Ämter», sagt der langjährige Kenner der Schweizer Politikszenen. So hatte Bernhard Pulver das Generalsekretariat der Grünen geleitet, bevor er zum Berner Regierungsrat gewählt wurde. Für Christian Kauter (fdp.) und André Daguët (sp.) diente das Amt des Generalsekretärs als Sprungbrett ins nationale Parlament.

Die aussergewöhnliche Konstellation kann gemäss der Einschätzung von Rickenbacher dazu führen, dass sich die Machtverhältnisse innerhalb der SVP-Leitung verschieben: «In gewisser Weise verfügt der neue Generalsekretär über mehr Einfluss als sein Parteipräsident Marco Chiesa, der nur Parlamentarier ist.» Er vermutet, dass die SVP ihrem Tessiner Präsidenten eine starke Persönlichkeit aus der Deutschschweiz zur Seite stellen wollte. Keller sieht in der Doppelfunktion allerdings kein Problem: «Erst muss ich überhaupt gewählt werden. Dann bin ich immer noch viel weniger einflussreich als der Parteipräsident oder der Fraktionschef.»

Der 49-jährige Peter Keller ist seit 2011 Nationalrat. Zwischen 2002 und 2008 war er als Redenschreiber für den damaligen Nationalrat und Bundesrat Christoph Blocher tätig. Sein Vorgänger Emanuel Waeber war seit Ende 2018 Generalsekretär der wählerstärksten Partei und will sein Arbeitspensum nun reduzieren. Die relativ raschen Personalwechsel im SVP-Generalsekretariat gehen damit weiter. Waebers Vorgänger Dominique Steiner hatte den Dienst nach einer Woche quittiert.



Die vorgesehene Erhöhung der Treibstoffpreise ist den bürgerlichen Gegnern des Gesetzes ein Dorn im Auge.

ANNICK RAMP/NZZ

Zangenangriff auf CO₂-Gesetz

Neben Klimastreikenden lancieren Auto- und Erdölverbände das Referendum

CHRISTOF FORSTER, BERN

Das eine Referendum war absehbar, das andere nicht. Als vergangene Woche Westschweizer Sektionen der Klimajugend ihre Unterschriftensammlung ankündigten, gingen die Wogen hoch. Die Klimastreikenden argumentieren, das vorliegende CO₂-Gesetz reiche bei weitem nicht aus, um die Klimaerwär-

rentenalter 65 für Frauen, steht bereits wieder auf der politischen Agenda. Ob die Westschweizer Klimastreikenden bei einem Volksnein zum CO₂-Gesetz eine für sie bessere Vorlage erhalten, ist sehr unwahrscheinlich. Vielmehr müssen sie damit rechnen, dass ein Nein als Ablehnung höherer Abgaben und schärferer Auflagen interpretiert wird.

Dafür wird auch das Wirtschaftskomitee sorgen, das am Freitag ebenfalls das Referendum lanciert hat. Im Komitee vertreten sind Verbände, die durch höhere Abgaben direkt vom revidierten CO₂-Gesetz betroffen sind. Dazu gehören diverse Automobilverbände, die Erdölvereinigung Swissoil und der Verband Schweizer Flugplätze. Mit dabei ist auch Avenergy, ein Verband, der die Importeure von flüssigen Brenn- und Treibstoffen vertritt – und der Kaminfegerverband.

Kampf gegen Bürokratie

Laut dem Komitee führt das neue Gesetz zu mehr Bürokratie, Verboten sowie neuen Steuern und Abgaben. Die Schweiz sei auch ohne CO₂-Gesetz klimapolitisch vorbildlich unterwegs, heisst es in der Mitteilung des Referendumskomitees. Das faktische Verbot von Öl- und Gasheizungen, die Erhöhung des Benzin-, Diesel- und Heizölpreises sowie die Einführung einer

Flugticketabgabe belasteten die Bevölkerung und das Gewerbe massiv. Zudem führen die Wirtschaftsvertreter an, dass die Schweiz lediglich für einen Tausendstel des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich sei. «Selbst wenn wir von heute auf morgen unseren CO₂-Ausstoss auf null herunterfahren, hätte dies keinen Einfluss auf das Weltklima.» Überdies sei die Schweizer Bevölkerung bereits heute vorbildlich unterwegs.

Unterstützung der SVP

Seit Freitag sammeln die Wirtschaftsverbände Unterschriften für das Referendum. Die Frist läuft bis Mitte Januar 2021. Das Komitee wird dabei von der SVP unterstützt, wie das Generalsekretariat auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA sagte. Den Lead hätten aber die Verbände. Der Gewerbeverband entscheidet Ende Oktober über seine Haltung zum Referendum.

Auch die Befürworter formieren sich. Verbände der Energie- und Bauwirtschaft haben sich zum Komitee «Schweizer Wirtschaft für das CO₂-Gesetz» zusammengeschlossen. Dazu gehören etwa der Gebäudetechnikverband Suissetec, Gebäudehülle Schweiz, Swissolar und Holzenergie Schweiz. Ebenfalls dabei sind Swissteleantech und AEE Suisse, die Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Zwischen Negierung und Verblendung

Kommentar auf Seite 23

mung zu stoppen. Sie erhielt Lob von der Jungen SVP. Nicht erfreut waren Umweltorganisationen, die den Kompromiss des Parlaments mittragen.

In der Westschweiz scheint der Anteil von politischen Aktivisten, die einen Kompromiss aus grundsätzlichen Überlegungen bekämpfen, höher zu sein als in der Deutschschweiz. Bereits in der Abstimmung über Alain Bersets Altersreform 2020 scherten einzelne Gewerkschaften in der Romandie vom Schulterchluss zwischen SP, CVP und Gewerkschaften aus und bekämpften die Vorlage. Sie waren – zusammen mit SVP und FDP – erfolgreich. Aber einer der roten Linien der ultralinken Gegner, das

Blocher kehrt der Parteipolitik den Rücken

Fokus auf Rahmenabkommen

MICHAEL SURBER, KATHRIN ALDER

Ein offizielles SVP-Parteiamt besetzt Christoph Blocher schon seit längerem nicht mehr. 2018 trat er als Vizepräsident der SVP zurück. Doch das bedeutete nicht, dass er aufhörte, weiterhin die Geschicke der Partei zu bestimmen. Damit soll nun aber Schluss sein, erklärt Blocher, der am Sonntag 80 Jahre alt wird, in einem Interview mit dem SRF. «Ich merke, meine Kräfte lassen nach. Etwa das Gedächtnis», sagt der Altbundesrat in einem am Freitag vorab auf Twitter publizierten Interviewausschnitt. Man kenne die Macken alter Leute, ihre zunehmende Sturheit, sagt Blocher weiter. Es sei nun Zeit, dass die Jungen übernehmen. Es breche eine neue Epoche an, sagt er im Interview.

Blochers kompletter Rückzug aus der Politik wäre wahrlich ein epochales Moment, nicht nur für die Partei, sondern auch für die Schweiz. Es erstaunt daher auch nicht, dass die Ankündigung des «10 vor 10»-Redaktors, Christoph Blocher werde in der Sendung seinen definitiven Rückzug aus der Politik ankündigen, einige Reaktionen auslöste. Dies war indes etwas gar zugespitzt. Nur wenige Stunden nach der vermeintlichen Rückzugsankündigung durch den SRF-Redaktor kam aus Herrliberg die Berichtigung: «Aus der Parteipolitik ziehe ich mich zurück, nicht aber aus der Politik», sagte Blocher gegenüber CH-Media.

Alles andere wäre auch eine grosse Überraschung gewesen, steht mit dem EU-Rahmenabkommen doch die Schlacht aller Schlachten ins Haus. Für Matthias Ackeret, Produzent und Moderator von Tele Blocher, ist es schlicht abwegig, zu glauben, ein Politiker wie Christoph Blocher trete den Rückzug aus der Politik an – just in dem Moment, in dem es um die Unabhängigkeit der Schweiz gehe. Blocher sagt gegenüber CH-Media kampfeslustig wie eh und je: «Ich werde dazu beitragen, den Rahmenvertrag mit der EU zu versenken.»

Diese Aussagen passen zu denjenigen, die in einem ebenfalls am Freitag erschienenen Artikel des Magazins «Schweizer Illustrierte» zitiert werden. Dort gibt Blocher an, stets zum selben Thema zurückzukehren, wenn es um Politik gehe. «Die Europafrage treibt mich bis heute um.» Das Scheitern der Begrenzungsinitiative sowie die Diskussionen um den Rahmenvertrag mit der EU bewiesen, dass er weiterkämpfen müsse. «Solange das Modell einer freien, direkten, demokratischen und neutralen Schweiz gefährdet ist und ich noch Kraft habe, mache ich weiter», sagt er. Und doch freue er sich nun auf ruhigere Jahre, meint Blocher abschliessend. Man darf gespannt sein, was er damit konkret meint.

ANZEIGE

Frage: Du Konzern-Verantwortungs-Initiative, warum setzt du unsere Firmen schutzlos der internationalen Klageindustrie aus?

Nicht ok! Deshalb NEIN zur KVI. Mehr Fakten auf www.swissholdings.ch

 SwissHoldings

Eine Informationskampagne von succèSuisse www.succesuisse.ch